Saarbrücker Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Sitzung 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 10 und 32. Postfach 30

18 DISSIPAT ATQUE FOVET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00.
Zeilenpreis: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.35 Frk., Deutschland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 50 Cab.

Nr. 28 — Saarlouis, Samstag, den 2. Februar 1929. — 58. Jahrgang

Polen und die Ukraine.

Tumultszenen im polnischen Sejm.

Die Opposition im polnischen Landtag.

Warschau, 1. Febr. Der polnische Landtag hat gestern in später Abendstunde die Generalaussprache über den Budget abgeschlossen. Das Wort ergriffen zuerst fast ausschließlich oppositionelle Redner. Großes Aufsehen erregte eine Rede des Ukrainers Paliuch. Die polnischen Erklärungen, daß die Ukrainer zu Polen gehörten, seien erzwungen worden und die wenigen Ukrainer, die den Polen gehören, seien erwachte Rieder und Verräter. Die Ukrainer seien keine Feinde des polnischen Staates, wohl aber Feinde jeder historischen Tatsache, daß Polen in seiner heutigen Grenzen bestehe. Ein anderer ukrainischer Redner, Dudycki, nannte den revolutionären Charakter der ukrainischen Freiheitsbewegung, die keine Compromisse kenne. Er warne die Polen davor, auf die Gefühlen ukrainischer Nationalität zu pochen, da sie sich hier gewaltig verrechnen könnten. Der Sprecher des ukrainischen Klubs, Duch, betonte, daß die polnische Minderheitspolitik nur dazu diene, die nationalen Minderheiten zu unterdrücken.

Die polnische Ministerpräsidentin für diese Erklärungen der ukrainischen Abgeordneten lehnen entschieden. Kaiser Warszawska warnte in einer mit starker Erregung begleiteten Propagandarede, um die sich Zuschauerreihen zu Polen gehörigen ruthenischen Länder abgetreten. Die nationalsozialistische Gruppe Warszawska verlangt scharfe Maßnahmen gegen die ukrainische Agitation, da der polnische Staat ja ebenfalls die Zeitung abdrucken dürfe für die gegen den polnischen Staat und das polnische Volk gerichteten Schmähungen.

Wachsende Unsicherheit in Kabul.

London, 1. Febr. Reuter. Nach der aus afghanischen Nachrichten stammenden Meldung hat die Lage in Kabul im Zentrum begriffen zu sein. Habib Ullah habe eine Reihe von Anhängern freundlich gesinnten Personlichkeiten verhaften lassen. Unter dem soll sich auch Abdjani ein jüngerer Bruder des gefangenen Königs finden. Nach früheren Kabinettsmitglieder und Regierungsbeamten wurden verhaftet. Zwischen den Truppen Habib Ullahs und den Streitkräften des neu entstandenen Thronanwärters Mi Ahmedh Khan soll es in der Nähe von Pulsal zu kleineren Gefechten gekommen sein. Bei beiden die Truppen des Usurpators eine Niederlage erlitten haben sollen.

Die Erweiterung der Koalition in Preußen.

Berlin, 1. Febr. Die das VDZ. „Wo aus parlamentarischen Kreisen erfährt, ist damit zu rechnen, daß Anfang der nächsten Woche im preußischen Landtage zunächst unter den Regierungsparteien die Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungskoalition aufgenommen werden. Mit wird auch die Haltung des Zentrums anlangen und darauf, ob die DVP. an ihrer Forderung festhält, bei Ablehnung der Fabrikstimme entsprechend ihrer Koalitionspflicht ein Beamten Ministerpräsidenten zu ernennen.

Das Urteil im Sonnenburger Zuchthaus-Prozeß.

Sonnenburg, 1. Jan. Im Sonnenburger Zuchthausprozeß gegen 24 Zuchthäusler und ein Zuchthausbeamte das Urteil verkündet. Es Beamte, darunter die Zuchthaus Hauptwachtmeister, wurden freigesprochen, der Obermachtmeister Nowanowsky wurde wegen fortgesetzten einfachen Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe von 20 Tagen Gefängnis, die Häftlingen von 15 bis 30 Mk. und Haft. Einer von ihnen erhielt Freiheitsstrafe von drei bis zwanzig Tagen Gefängnis.

Bayern und Preußen.

Die finanziellen Streitfragen.

München, 1. Febr. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und die Minister Stützel und Schmelzle machten gestern vor Vertretern der Presse eingehende Mitteilungen über die politischen Vorgänge und den Stand der finanziellen Streitfragen. Diese Besprechung war vertraulich, sie sollte nur zur Information der Presse über den Standpunkt der bayerischen Regierung dienen. Die Mitteilungen Heldgenossen sind bei jedoch die Verhandlungen der Minister zum Teil im Wortlaut veröffentlicht. Nach dem Blatt sagte Ministerpräsident Dr. Held u. a. etwa:

Die bei den Berliner Besprechungen bei der preußischen Ministerpräsident Vorschläge gemacht hätten einmal gewisse Linien und habe gewissermaßen den Diktator und das Vorwurfs des Nichtes aufgestellt. „Reichsverpflichten bei mir in Berlin überhaupt nicht mehr für diese Linie. Ich habe dann gesagt, daß die Beratungen Bayern, das verschwindenden Bedeutung, die auch bei den Verhandlungen zwischen Bayern und Preußen eine Rolle spielen, nicht mehr bei Bayern nur kann von einer Bank, nach einer Bank, Nach Bayern ist Preußen legt alles darauf an, man zwar Pflegen mit einem Gebiete zu treffen: Bismark, in der Bayerischen Reich ist möglichst bald zu machen und auf der anderen Seite zu erreichen, was man mit anderen Mitteln als mit einer falschen Machtstellungspolitik nicht erreichen kann: Die Verwirklichung der Länder.

Dann wandte sich auch der Finanzminister Schmelzle gegen Vorwürfe. Er nannte Bayerns Haltung eine Schonstellung, daß sie im Einklang stehe mit der bayerischen Ist. Bayern betreibe eine Politik, die auf nichts anderes hinauslaufe, als durch den Rest Bayern auf die Reste zu pinzipen und das Reich zu einem Geld-Pinscher zu machen.

Zuletzt sprach Minister Schmelzle: „Wenn der preußische Ministerpräsident im Hinblick auf die Nichtbeteiligung beim Staatsgerichtshof sagt, daß er nicht mit einem Bayern Verhandlungen zu führen, so ist dies Wort so unerhört, daß man sich eigentlich fragen, wie es unter ernsthaften Staatsmännern überhaupt habe gegangen werden können.

Vor einer Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 1. Febr. Der preußische Ministerpräsident hat den preußischen Gesandten in München gebeten, sofort nach Berlinzurückzukehren. Berichterstattung zu kommen. Es ist zu erwarten, daß der preußische Ministerpräsident im Laufe des morgigen Vormittags in einer noch nicht festgestellten Form Gelegenheit nehmen wird, zu den in den bayerischen Ministerien berichteten Fragen und politischen Fragen in einer sachlichen Erklärung Stellung zu nehmen.

Eine Auslassung des „Bayerischen Kurier“

München, 1. Febr. Der „Bayerische Kurier“ veröffentlicht zu der Preußenbesprechung beim Ministerpräsidenten eine Auslassung des BVP-Korrespondenten, in der es heißt: Es bemerkt wohl nicht erst betont zu werden, daß den Ministerpräsidenten Held ein ganz anderer Standpunkt. Dr. Schmelzle nichts ferner liegt, als die bayerische Ministerpräsident mit entsprechenden Stimmungen zu erfüllen. Das wichtige der ganzen bisherigen sinnreichen Haltung und Politik der beiden Minister vollkommen widersprechen. Ohne Rücksicht auf Wünschbarkeiten im eigenen Lande haben sie bisher immer in einer Politik, die ein sachliches und aufrichtiges Zusammenwirken mit Preußen ermöglichte, einen Weg gesehen, der zur Behebung mancher innerbundlichen Schwierigkeiten führen könnte, aus denen das Problem Reich und Länder entstanden ist. Es liegt nicht an Bayern, wenn man in Preußen heute abgeneigt dem Verhandeln entgegengehen will. Unglücklich ist Lage ist es notwendig, daß ihr die bayerische Presse mit den Verhandlungen behandelt; ihr die notigen sachlichen Unterlagen bestehe zu geben, wer der Lage der Preußenbesprechungen beim Ministerpräsidenten.

Gegen Schmutz und Schund.

Was gedenkt die Reichsregierung unternehmen zu tun?

Berlin, 1. Febr. Die schon angekündigte Interpellation der Reichstagsfraktion des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei über die Bekämpfung des Schmutzes und Schundes hat folgenden Wortlaut:

Die Oeffentlichkeit wird zurzeit durch Auslagen in Zeitungsständen, Kiosken, Buchhandlungen, Bahnhofbuchhandlungen und Schaufenstern und durch Angebote von Straßenhändlern mit Erzeugnissen überfüllt, die Ehe und Familie schamlos herabwürdigen und die Jugend aufs schwerste gefährden. Tatsächlich jetzt sich in einfachen Aufführungen von Bildern und Texten eine entwürdigende Darstellung des Nackten, eine Verzerrung von Perversitäten und sexuellen Zoten, die mit edler Kunst nichts mehr zu tun haben. Ehe, Familie und Mutterschaft werden verächtlich gemacht. Religiöse Anschauungen und Empfindungen werden in frechsten Weise verletzt. Was gedenkt die Reichsregierung unverzüglich zu tun, um diese Unwesen zu beseitigen? Ist sie bereit, mit den Landesregierungen Fühlung zu nehmen zur Abstellung der geschilderten Schäden?

Dr. Luther über die Ziele des Bundes zur Erneuerung des Reiches.

Hannover, 1. Febr. Bei einem Vortragsabend der Gruppe Niedersachsen des Bundes zur Erneuerung des Reiches hielt gestern abend Reichskanzler a. D. Dr. Luther einen Vortrag, der bitter seinen Zuhörern eine unsagbaren Gesichtsmuster vorzeigt das Problem der Reichsgesetzgebung, das Problem der Lebenshöchstgrenzung und Entfernung aller Dreiklassenwahlrechts in Form der Gesetzmäßigkeit und das Problem der Reichspolitischen und verfassungsmäßigen Reichsordnung und Reichsordnung des Reichs. Es ist eine Karten und einfachstes Zeugnis ist nach das Reich abhängig. Die Gesetzmäßigkeit könne am besten durch Schaffung des Reichsrates und durch integrierte Verteilung der verfassungsmäßigen Verordnungen und sonstigen Rechtsgebiete geschaffen werden. Selbstverwaltung oder Selbstverantwortung haben keinen Sinn. Gerade in Deutschland ist eine wahrhafte Verantwortung für Staatsbürgerliche Gesinnung. Der Bund schlage vor, den Reich in allen großen Fragen die Entscheidung zu überlassen, bleibt aber zen Länder und den anderen Gesetzesverordnungsstellen über besondere Angelegenheiten mit voller Selbstständigkeit zu geben. Deutsches Reich habe noch besonders eine Klärung des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen zu erreichen. Auf alle Fälle müsse jeder Partikular- und Gemeinwesen Kreise oder Gemeinden, von seinen Mitglieder und Vorstehungen einen Teil preußen, damit sie das Ganze erzieherisches und notwendige Arbeit geleistet werden könne.

„Sportanlässen des Bürgertums.“

Auf der Tagung der Wirtschaftspartei wurde dieser Antrag angenommen. Es wurde ausgeführt, daß die Wirtschaftspartei „Sportanlässen des Bürgertums“ seien, und daß sie die übrigen bürgerlichen Parteien mit diesem Geiste durchdringen müßten.

Offenbar sind diese „Sportanlässen“ Gesetzter. Denn bei der Tagung der Wirtschaftspartei haben sie die Schwerpunkte und Gesetzmäßigkeit der Sportanlässen ausgeführt. Es geschah es ganz wie es bei einen Abstimmungen immer wieder geschieht, daß alle möglichen Fälle zu jeder Zeit vorgetragen?

Eine positive Kundgebung des Vorsitzenden der Wirtschaftspartei, von Mitte, wurde auch noch an dieser Stelle festgehalten werden. Trotzdy hatte unter anderem:

Deutschland müsse seine Aufgaben für europäische Zwecke abbrechen, damit man das deutsche Volk nicht mit Zentnerlast geschlagen?“

Die große Kälte.

Berlin, 1. Febr. In Berlin hat gestern ein Kurzer Temperatursturz ein. Während das Thermometer morgens 1,5 Grad Kälte anzeigte, fand die Temperatur gegen Mittagszeit auf 10 Grad unter Null.

Görlitz, 1. Febr. Während der Nacht ist der Thermometer bis auf 30 und 30 Grad unter Null gesunken. In den früheren Morgenstunden wurden in Forst bei Lausitz Temperaturen von 25 bis 25 Grad unter Null festgestellt.